

Germany-Munich: Public road transport services

OJ S 25/2018 06/02/2018

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landkreis Landsberg am Lech

Postal address: Von-Kühlmann-Str. 15

Town: München

NUTS code: DE21E Landsberg am Lech

Postal code: 86899

Country: Germany

Contact person: Herr Dietmar Winkler

E-mail: dietmar.winkler@lra-ll.bayern.de

Fax: +49 81911295504

Internet address(es):

Main address: www.landkreis-landsberg.de

Address of the buyer profile: www.aumass.de

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <http://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av0b8bfb-eu-86899-landsberg-am-lech-lvg-buslinie-91-finning-windach-geltendorf>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted to the abovementioned address

I.4. Type of the contracting authority

Regional or local authority

I.5. Main activity

General public services

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

LVG Buslinie 91 Finning – Windach – Geltendorf

II.1.2. Main CPV code

60112000 Public road transport services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Vergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrag nach Art. 3 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1 Satz 2 VO (EG) 1370/2007 i. V. m. § 8a Abs. 2 PBefG, § 103 Abs. 4 GWB für den öffentlichen Personennahverkehr mit Kraftomnibussen als Gesamtleistung ab dem 01.02.2019 auf der LVG Buslinie LVG 91.

II.1.5. Estimated total value

Value excluding VAT: 1,00 EUR

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE21E Landsberg am Lech

Main site or place of performance: Landkreis Landsberg

II.2.4. Description of the procurement

Gegenstand der Auftragsvergabe ist die Durchführung von Linienverkehren im Personennahverkehr nach § 42 PBefG im Zuständigkeitsbereich des Auftraggebers. Die zu vergebende Verkehrsdienstleistungen ist auf der Linie LVG 91 Finning – Windach – Geltendorf zu erbringen. Die zu vergebenden Verkehrsdienstleistungen umfassen jährlich insgesamt ca. 107 260 Nutzwagenkilometer. Die Betriebsaufnahme hat zum 1.2.2019 zu erfolgen. Die Vertragslaufzeit beträgt 10 Jahre.

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Price

II.2.6. Estimated value

Value excluding VAT: 1,00 EUR

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/02/2019 End: 31/01/2029

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Die Vergabeunterlagen werden im pdf-Format sowie zusätzlich als ausfüllbare Word-Dokumente über das Vergabeportal „aumass“ in elektronischer Form unentgeltlich und ohne Verpflichtung zur vorherigen Registrierung oder Anmeldung unter der Aumass-ID AV0B8BFB-EU zum Download zur Verfügung gestellt. Eine freiwillige Registrierung wird zur Sicherstellung der Mieterkommunikation dringend empfohlen!

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1. Erklärungen und Nachweise zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Die Bieter haben eine Eigenerklärung nach Maßgabe der Anlage A9 zu den Vergabeunterlagen abzugeben, mit der Auskunft über das Nichtvorliegen von bzw. das Vorliegen bestehender Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB zu geben ist. Für den Fall, dass das Angebot des Bieters für den Zuschlag vorgesehen ist, wird der Auftraggeber von dem Bieter einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Sozialversicherungsträgers, bei dem die Mehrheit der Mitarbeiter versichert ist, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes, bei dem das Unternehmen veranlagt wird sowie der Gemeinde, in der das Unternehmen seinen Sitz hat, auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers anfordern. Die Stichtage dieser Bescheinigungen dürfen zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe nicht länger als 6 Monate zurückliegen.

2. Erklärungen und Nachweise zur Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung und des Nachweises der Haftungs- und Eigentumsverhältnisse sind mit dem Angebot folgende zwingend zu erbringende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

a) Vorlage eines aktuellen Auszugs aus dem Handelsregister des Herkunftslandes (nicht älter als 3 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist)

Oder, falls für das Unternehmen keine Eintragungspflicht zum Handelsregister besteht, ein Nachweis über die Gewerbeanmeldung (nicht älter als 3 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist);

b) Abgabe einer Eigenerklärung zur Genehmigungsfähigkeit mit der Bestätigung;

(1) dass der Bieter – unabhängig von den im Rahmen der Ausschreibung vorgelegten Nachweisen und Erklärungen und ihrer Prüfung durch die Auftraggeber – nach Zuschlagserteilung durch den Auftraggeber einen Genehmigungsantrag nach § 13 PBefG bei der Regierung von Oberbayern stellen wird;

(2) dass die subjektiven Anforderungen des § 13 Absatz 1 PBefG erfüllt werden können und insoweit der Genehmigungserteilung keine Hinderungsgründe entgegenstehen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot folgende zwingend zu erbringenden Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

a) Aktueller Nachweis (nicht älter als 6 Monate zum Zeitpunkt der Ablauf der Angebotsfrist) eines in der EU zugelassenen Versicherungsinstitutes über den Bestand von Versicherungsschutz im Rahmen einer Kfz-Haftpflichtversicherung für die zu vergebenden Tätigkeiten mit einer Mindestdeckungssumme von 100 000 000 EUR pauschal für Personen-, Sach- und Vermögensschäden, wobei die Entschädigungsleistung für Personenschäden mindestens 2 500 000 EUR je geschädigte Person betragen muss oder, sofern ein entsprechender Versicherungsschutz derzeit noch nicht besteht, für das konkrete Verfahren ausgestellte Bestätigung eines in der EU zugelassenen Versicherungsinstitutes (nicht: Versicherungsmaklers) über eine entsprechende Versicherbarkeit oder das Bestehen einer Versicherungsoption nach oben genannten Bedingungen;

b) Erklärung zu in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren 2015 bis 2017 getätigten Umsätzen, getrennt nach Gesamtumsatz und Umsätzen mit vergleichbaren Leistungen;

c) Eigenerklärung zur Liquidität;

(1) dass ausreichend verfügbare Finanzmittel vorhanden sind, um die gegebenenfalls mit diesem Auftrag vereinbarten Anschaffungen für Fahrzeuge, Grundstücke, Gebäude, Anlagen und Ausrüstungen fristgerecht zutätigen und die geforderten Sicherheiten zu leisten sowie den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten;

(2) dass die Finanzmittel auftragsbezogen zur Verfügung stehen und nicht vorrangig durch andere Rechte belastet sind.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

Um Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot folgende zwingend zu erbringende Unterlagen, Nachweise und Erklärungen abzugeben:

a) Mindestens drei Referenzen aus den letzten 3 Jahren vor Ende der Angebotsfrist über die Ausführung von Leistungen, die mit den zu vergebenden Leistungen nach Art und Umfang vergleichbar sind. Als vergleichbar werden nur Buslinienverkehrsleistungen im Personennahverkehr i. S. v. § 42 i. V. m. § 8 Abs. 1 PBefG angesehen, nicht Rufbus-/AST-Verkehre oder sonstige flexible Bedienungsformen, Personenfernverkehr nach § 42a PBefG oder Verkehrsleistungen nach §§ 43, 46, 47, 48, 49 PBefG. Die Leistungen können entweder als Konzessionsinhaber oder als Unterauftragnehmer erbracht werden. In beiden Fällen müssen aber die Leistungen, um vergleichbar zu sein, sowohl die operativen Verkehrsleistungen („Rollgeschäft“), die Organisation und Koordination der Verkehrsleistung, den Vertrieb und die Abrechnung umfassen. Davon muss sich mindestens eine der genannten Referenzen noch im Ausführungsstadium befinden.

b) Bescheinigung zur fachlichen Eignung nach Muster Anhang III VO (EG) Nr. 1071/2009 über die fachliche Eignung im Sinne des Art. 3 Abs. 1 Buchstabe d) und Art. 8 VO (EG) Nr. 1071/2009, ausgestellt durch die zuständige Behörde (vgl. §§ 3, 4 PBZugV) bzw. Bescheinigungen aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die entsprechend Art. 21 der VO (EG) 1071/2009 anerkannt werden

Oder.

Kopie einer gültigen Genehmigungsurkunde für den Linienverkehr mit KOM oder für den Verkehr mit Mietomnibussen oder mit Mietwagen bzw. bei ausländischen Bietern Kopie einer gültigen EU-Lizenz entsprechend der VO (EG) 1073/2009, erforderlichenfalls zzgl. deutscher Übersetzung.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Vorlage von mindestens 3 Referenzen gemäß den oben genannten Anforderungen

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular professionReference to the relevant law, regulation or administrative provision:

Verordnung über den Betrieb von Kraftfuhrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft)

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.1. Previous publication concerning this procedure

Notice number in the OJ S: [2017/S 020-034100](#)

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 15/03/2018 Local time: 12:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 30/06/2018

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 16/03/2018 Local time: 10:00

Place:

Die Öffnung der Angebote wird von mindestens zwei Vertretern des Auftraggebers gemeinsam durchgeführt und dokumentiert. Bieter und ihre Bevollmächtigten dürfen bei der Öffnung der Angebote nicht anwesend sein.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Die Bieter haben die Leistung nach Art. 4 Abs. 7 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 selbst zu erbringen. Eine Unterauftragsvergabe ist nicht zulässig.

Zum Schutz der Personenverkehrsdienste, die mit dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag vergeben werden, wird dem Betreiber ein ausschließliches Recht im Sinne des Artikels 3 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 2 lit.f) der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007, § 8a Abs. 8 PBefG gewährt. Es soll räumlich und zeitlich andere Verkehrsleistungen ausschließen, die die zu vergebende Leistung wirtschaftlich nicht nur unerheblich beeinträchtigen. Die Definition des ausschließlichen Rechts erfolgt im öffentlichen Dienstleistungsauftrag und wird im Bericht des Landkreises Landsberg am Lech nach Art. 7 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 bekannt gemacht werden.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Regierung von Oberbayern Sachgebiet Vergabekammer Südbayern

Town: München

Country: Germany

Telephone: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.4.2.

Body responsible for mediation procedures

Official name: Schlichtungsstelle

Town: München

Country: Germany

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Nach § 160 Abs. 3 GWB ist ein Nachprüfungsantrag an die Vergabekammer unzulässig, wenn der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften bereits im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen und in der Regel vor Anrufung der Vergabekammer gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Antrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Ein Nachprüfungsantrag ist weiter in der Regel unzulässig, sofern der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird. Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung in elektronischer Form oder per Fax (§ 134 Abs. 2 GWB). Bieter, deren Angebot nicht berücksichtigt werden soll, werden vor Erteilung des Zuschlags über den Namen des Bieters, dessen Angebot angenommen werden soll, über die Gründe der vorgesehenen Nichtberücksichtigung ihres Angebots sowie über den frühesten Zeitpunkt des Vertragsschlusses informiert (§134 GWB).

VI.4.4. Service from which information about the review procedure may be obtained

Official name: Regierung von Oberbayern Sachgebiet Vergabekammer Südbayern

Town: München

Postal code: 80538

Country: Germany

Telephone: +49 8921762411

Fax: +49 8921762847

VI.5. Date of dispatch of this notice

02/02/2018